

## Weg frei für den Börsengang des Mischkonzerns RAG

Vorsitz der Kohle-Stiftung geregelt

pra. Berlin, 14. Juni

Das monatelange Seilziehen um die geplante Stiftung zur Abwicklung des subventionierten Steinkohlebergbaus in Deutschland ist beendet. Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einer Woche klargemacht hatte, dass der der SPD nahestehende frühere Bundeswirtschaftsminister und heutige Konzernchef des Kohlekonzerns RAG, Werner Müller, den angestrebten Posten nicht erhalten wird, konnten sich die Koalition, die Regierung von Nordrhein-Westfalen sowie die Gewerkschaft IG BCE in einem Spitzengespräch am Mittwochabend auf die Personalie einigen. Wie Wirtschaftsminister Michael Glos erklärte, wird der Aufsichtsratsvorsitzende von BP Deutschland, Wilhelm Bonse-Geuking, die Führung der Kohle-Stiftung übernehmen. Der 65-jährige Bonse-Geuking hat seine Karriere beim Energiekonzern Veba gemacht, der später zur heutigen E.On fusionierte und darauf das Mineralöl-Geschäft an BP verkaufte, wodurch der Manager an die Spitze von BP Deutschland gelangte. Er ist mit der deutschen Energiepolitik und Energiewirtschaft gut vertraut; sein Name war aber bei den vielen Personalspekulationen der letzten Wochen nie genannt worden.

Müller wird weiterhin den Mischkonzern RAG führen; am Mittwoch wurde der Vertrag um vier Jahre verlängert. Die RAG, die derzeit im Besitz der Energiekonzerne E.On und RWE sowie der Stahlkonzerne ThyssenKrupp und Arcelor Mittal ist, soll von den Kohlegesellschaften mitsamt ihren Risiken und Verpflichtungen abgespalten und mit den Sparten Chemie (Degussa), Kraftwerke (Steag) und Immobilien an der Börse kotiert werden. Allerdings dürfte die RAG mit künftig 15 Mrd. € Umsatz und 43 000 Mitarbeitern stark politisiert bleiben. Darauf verweisen die politische Bestimmung Müllers als Vorsitzender sowie die Entscheidung für den auf Frühjahr 2008 geplanten Börsengang, die den politischen Wünschen der Gewerkschaft und der SPD statt wirtschaftlicher Logik folgt; die Aufspaltung des Mischkonzerns ergäbe einen höheren Wert. Gemäss Reuters existiert ein den Bundesministern bekanntes Angebot des Finanzinvestors Cerberus, das die RAG auf 6 bis 8 Mrd. € bewertet. Die durch ein 13-köpfiges Kuratorium aus Bundes- und Landespolitikern sowie Gewerkschaftern gelenkte Stiftung wird zudem eine Sperrminorität an der RAG halten. Aus dem Erlös des Börsengangs sollen die bis 2018 geplante Abwicklung und die langfristigen Umweltschäden des Steinkohlebergbaus beglichen werden, wobei nicht sicher ist, ob das Geld dafür tatsächlich ausreichen wird.

## Tod von Guy de Rothschild

Patriarch der Pariser Bankendynastie

Ug. Paris, 14. Juni

Gleich zweimal enteignet zu werden und die Heimat zu verlassen, ist ein Schicksal, das nur wenigen widerfährt. Baron Guy de Rothschild, der am 12. Juni im Alter von 98 Jahren in Ferrières-en-Brie nach langer Krankheit gestorben ist, gehört zu ihnen. Das Oberhaupt des Pariser Zweiges der auf den Frankfurter Bankier Mayer Amschel Rothschild (1744–1812) zurückgehenden Dynastie und langjähriger Chef der Pariser Bank der Familie, hatte im Zweiten Weltkrieg Frankreich verlassen und Zuflucht in New York gesucht, nachdem die Deutschen einmarschiert waren und die kollaborierende Regierung von Vichy wegen seiner jüdischen Herkunft ihm die Staatsbürgerschaft abgesprochen und das Vermögen der Familie und die Bank konfisziert hatte. Zum zweiten Mal wurde die Bank 1981 enteignet, diesmal vom sozialistischen Präsidenten François Mitterrand. Erneut zog sich Guy de Rothschild nach New York zurück, nicht ohne vorher in der Tageszeitung «Le Monde» erklärt zu haben, dass es ihm – als Juden unter Pétain und als Ausgestossenen unter Mitterrand – nun reiche.

Trotz Enteignungen ging die Bank nicht unter, was zu einem guten Teil seinen Bemühungen zuzuschreiben ist. Nach Kriegsende gewann die Familie die Kontrolle über die Bank zurück. Den Wiederaufbau der Banque Rothschild Frères bzw. Banque Rothschild begleitete er während drei Jahrzehnten erst als leitender Partner und später als Präsident. Nach der erneuten Enteignung gelang es 1983 Sohn David, der 1979 die Leitung übernommen hatte, eine neue Lizenz zu erhalten und die Rothschild Cie Banque zu einer der grössten Privatbanken aufzubauen.

Er war aber nicht nur Bankier. In den 1960er und 1970er Jahren war er, nach dem Vorbild vieler Vorfahren, einflussreicher Berater von Regierungen. Politisch stand er Charles de Gaulle sehr nahe, den er aus der Widerstandszeit kannte, später beriet er Georges Pompidou. Auch mit Edouard Balladur und Jacques Chirac war er befreundet gewesen. Einen besonderen Namen hatte er sich als Pferdezüchter und Leiter des Familiengestüts Méautry in der Normandie gemacht. Seine Pferde gewannen mehrfach den Prix de Diane, den Prix Royal Oak und den Prix de Morny. Bekannt war er auch als Wohltäter, vor allem als Gründer und Präsident der wichtigsten jüdischen Wohlfahrtsorganisation in Frankreich.

## Schweizer Banken schaffen neue Arbeitsplätze

Florierender Geschäftsgang im Jahr 2006

Die in der Schweiz angesiedelten Banken haben im vergangenen Jahr nach den Erhebungen der Schweizerischen Nationalbank den konsolidierten Gewinn um 13% auf gerundet 30 Mrd. Fr. ausgebaut. Mit Ausnahme der Regionalbanken wurde der Personalbestand in allen Bankengruppen aufgestockt.

nz. Der Schweizer Finanzplatz hat im vergangenen Jahr in einem günstigen konjunkturellen Umfeld nochmals eine Positionsverstärkung erreicht, wovon die meisten Banken profitierten. Die von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) am Donnerstag präsentierten Statistiken untermauern diese Einschätzung mit Fakten. Im Bericht zur Finanzstabilität, in den auch konsolidierte Rechnungsabschlüsse der beiden Grossbanken einbezogen werden, wird einleitend festgehalten, dass vor allem das Handels- und Kommissionsgeschäft blühte. Die Grossbanken steigerten ihre Gewinne um 10%, die Kantonalbanken um 20%, und auch die anderen Bankengruppen kamen gut voran (vgl. Tabelle). Insgesamt resultierte eine Gewinnsteigerung um 13% auf gerundet 30 Mrd. Fr. Die Eigenmitteldecke konnte damit weiter verstärkt werden. Die SNB warnt davor, das Erreichte zu extrapolieren. Die Aussichten für 2007 seien zwar günstig, doch müsse mit einem Ertragsseinbruch gerechnet werden, falls die Winde an den Finanzmärkten drehen sollten. Registriert wird bei den Grossbanken ein starker Appetit auf Risiken wie auch ein beachtlicher Kostenschub.

### Hohe Auslandverflechtung

Bei der Analyse der Gewinnentwicklung der Grossbanken ist zu berücksichtigen, dass 2005 die UBS aus dem Verkauf ihrer Privatbanken und der Asset-Management-Gesellschaft GAM an die Bank Julius Bär hohe Kapitalgewinne realisierte. Der Verkauf der «Winterthur» durch die Credit Suisse an die Axa wurde 2006 rechnerisch wirksam. Bereinigt um diese Einflüsse, konnten jedenfalls, gemessen an der Masszahl Return on Assets, weitere Fortschritte realisiert werden. Basierend wiederum auf dem Bericht zur Finanzstabilität wurden die Gesamterträge hierbei um 9% auf 121 Mrd. Fr. gesteigert.

Die erhebliche Differenz zu den hier aufgeführten Geschäftserträgen von 73 Mrd. Fr. (vgl. Tabelle) sticht ins Auge; im statistischen Zahlenwerk zu den Banken in der Schweiz sind lediglich die statutarischen Einzelabschlüsse der hiesigen Banken – einschliesslich Auslandsbanken – einbezogen, wobei rechtlich unselbständige Filialen im Ausland, aber nicht die übrigen ausländischen Einheiten erfasst werden. In dieser Betrachtungsweise wird die effektive Leistungsfähigkeit,

### Ausgewählte Bankengruppen im Vergleich

Bankengruppe	Jahresergebnis		Personalbestand	
	2006	Veränd. in %	2006	Veränd. in %
Kantonalbanken	2 416	20	16 536	1
Grossbanken	10 911	-36	62 931	12
Regionalbanken	505	16	4 135	0
Raiffeisenbanken	655	8	6 764	3
Handels- und Börsenbanken	2 477	16	12 913	4
Auslandsbanken	2 634	21	19 244	4
Privatbanquiers	360	36	3 877	2

### Schweizer Banken in Zahlen

Kategorie	2004			2005			2006			Veränd. in %
	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006	
Geschäftsertrag	58,5	68,6	73,0	58,5	68,6	73,0	6,5	16,6	6,5	6,5
Zinserfolg	22,6	22,5	22,1	22,6	22,5	22,1	-1,5	-0,4	-4,5	-1,5
Kommissionserfolg	24,8	28,0	31,7	24,8	28,0	31,7	12,9	32,0	20,0	12,9
Handelserfolg	6,9	11,1	13,8	6,9	11,1	13,8	24,1	61,3	20,0	24,1
Geschäftsaufwand	35,4	38,9	43,1	35,4	38,9	43,1	10,8	10,8	10,8	10,8
Personal	23,6	26,2	29,8	23,6	26,2	29,8	14,1	11,1	13,1	14,1
Sachaufwand	11,8	12,8	13,3	11,8	12,8	13,3	4,2	8,8	4,5	4,2
Brutto-Gewinn	23,1	29,7	29,9	23,1	29,7	29,9	0,8	24,0	0,2	0,8
Wertber., Rückstell., Verl.	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	-	-	-	-
Jahresergebnis	15,6	24,8	20,1	15,6	24,8	20,1	-18,8	56,0	-38,7	-18,8
Eigenkapital	121	135	139	121	135	139	3,4	11,5	2,6	3,4
Bilanzsumme	2 491	2 846	3 194	2 491	2 846	3 194	12,2	13,9	12,2	12,2
Kundendepots	3 546	4 413	5 017	3 546	4 413	5 017	13,7	24,4	13,7	13,7
Anzahl Banken	338	337	331	338	337	331	-1,8	-0,3	-2,4	-1,8
Personalbestand	115 628	119 464	127 921	115 628	119 464	127 921	7,1	6,8	6,8	7,1

beispielsweise auch die Zahl der Beschäftigten, also definitionsgemäss nicht voll reflektiert. Auch in der engeren Definition, die nicht auf konsolidierte Rechnungsabschlüsse abstellt, präsentierte sich das Bankensystem 2006 als sehr dynamisch. Die Kundenvermögen expandierten um 13,7 (i. V. 24,4%) auf mehr als 5000 Mrd. Fr. Mit ähnlichem Tempo legten die Personalaufwendungen zu, wobei 8457 neue Stellen geschaffen wurden. Vor allem die beiden Grossbanken suchten und fanden Arbeitskräfte. Von den neugeschaffenen Stellen entfielen mehr als 40% auf das Inland.

### Ertragerosion im Zinsengeschäft

Ein Blick auf die Ertragsseite zeigt, dass sich im Zinsengeschäft der seit mehreren Jahren anhaltende Trend zu einer leichten Erosion fortsetzte. Obwohl sich die inländischen Hypothekarforderungen, teilweise als Spiegelbild einer robusten Baukonjunktur, um 4,0 (5,3%) auf 643 Mrd. Fr. erhöhten, sank der Zinserfolg um 1,5%. Auf der Gegenseite schwanden die Spargelder (Verpflichtungen in Spar- und Anlageform) infolge der wenig attraktiven Verzinsung um 4% auf 358 Mrd. Fr. Vermehrt wurden hierbei Gelder in Termineinlagen umgeschichtet, wie die Zunahme bei den Kassenobligationen (+18%) zeigt.

## Die EU-Verfassung als Gefahr für die Freiheit

Ein vergleichendes Symposium zu den Bürgerrechten

mb. Die Freiheitsrechte von Bürgern sind häufig prekär und gefährdet – diese Einsicht ist spätestens wieder ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, seit viele Staaten im Rahmen des Anti-Terror-Krieges eben diese Rechte ihrer Bürger zu beschneiden begonnen haben. Wie steht es um den Schutz der Bürgerrechte gegenwärtig in Europa und in den USA, und welche unterschiedlichen Vorkehrungen werden dies- und jenseits des Atlantiks getroffen, damit der Staat die Freiheit seiner Bürger nicht übermässig einschränkt? Diese Frage stand im Zentrum der 24. Economic Conference der Progress Foundation und des Liberalen Instituts zur Wochenmitte in Zürich.

### Mangelnde Gewaltentrennung

Christian Kirchner, Professor an der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin, nahm vor allem den gegenwärtig auf Eis gelegten EU-Verfassungsvertrag ins Visier. Er halte es zwar für unwahrscheinlich, dass der in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnte Verfassungsvertrag in der jetzigen Form jemals eingeführt werde, aber es sei trotzdem interessant zu analysieren, wie der Vertrag die Freiheitsrechte der Menschen in Europa tangieren würde. Kirchner kam zu einem ernüchternden Ergebnis: Die Sicherung der Freiheitsrechte würde eher verschlechtert.

Positiv an der EU sei zwar, dass sie mit den vier Verkehrsfreiheiten (für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) die Grundfreiheiten der Bürger markant erweitert habe. Aber diese Freiheitsrechte würden mit dem Verfassungsvertrag nicht wesentlich ausgebaut. Dafür würde der Vertrag das mangelhafte System der «checks and balances» in der EU zementieren; mit der gemischten Gesetzgebung durch den Ministerrat und das EU-Parlament fiele die EU praktisch vor die Zeit der Französischen Revolution zurück, als auf dem europäischen Kontinent eine klare Trennung von Legislative und Exekutive festgeschrieben wurde. Die mangelnde institutionelle Kontrolle zwischen den Gewalten stelle eine reelle Gefahr für die Freiheitsrechte der Bürger dar. Zudem sei vom zweiten Element des

Verfassungsvertrags, der europäischen Grundrechtscharta, wenig zu halten. Die bestehende Europäische Menschenrechtskonvention, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg stark im Sinn der Bürgerrechte ausgelegt werde, könne die Freiheitsrechte weit wirksamer schützen.

Kirchner betrachtete bei seiner Analyse den europäischen Kontext nicht isoliert, sondern stellte immer auch einen Vergleich mit der Situation in den USA an. Dort wird seiner Ansicht nach weniger auf eine rein rechtliche Definition der Bürgerrechte abgestellt, sondern stärker auf eine wirksame Trennung und gegenseitige Kontrolle der staatlichen Gewalten. Roger Pilon vom Cato Institute in Washington (D. C.) pflichtete ihm in seinem Vortrag bei. Der Experte für Fragen der amerikanischen Verfassung zeichnete in groben Strichen nach, wie sich der Schutz der Freiheitsrechte in den USA seit der Inkraftsetzung der Verfassung 1789 verändert hat. In seinem Urteil ist die ursprüngliche Vision der Gründerväter zu den Bürgerrechten in den letzten zwei Jahrhunderten aber erheblich verwässert worden.

### Verwässerte Vision der Gründerväter

Pilon stellte dar, wie die US-Präsidenten und das Oberste Gericht (Supreme Court) noch bis Ende des 19. Jahrhunderts die staatlichen Kompetenzen, die in der Verfassung abschliessend aufgezählt sind, sehr restriktiv auslegten. Oft seien reine Umverteilungsprojekte mit der Begründung gestoppt worden, dass der Kongress in dieser Angelegenheit keine Entscheidungskompetenz besitze. In der Progressive Era bis 1920 und später in den Zeiten des New Deal habe sich dann aber ein intellektuelles Klima durchgesetzt, das die staatlichen Kompetenzen viel weiter interpretiert habe – auf Grundlage derselben Verfassung. Dies wirke noch bis heute nach und schränke die Freiheiten der Bürger ein – etwa in der vom Supreme Court geschützten Praxis, dass der Staat die Bürger nicht zu entschädigen brauche, wenn er durch Regulierungen den Wert ihres Eigentums nur teilweise vermindere und nicht vollständig zerstöre.

## Neue Führungsstruktur der Axpo-Gruppe

Heinz Karrer gibt Doppelfunktion auf

ti. Der Energiekonzern Axpo nimmt Anpassungen an seiner Führungsstruktur vor. Heinz Karrer, bisher sowohl Chef der Axpo Holding als auch ihrer gewichtigsten operativen Gesellschaft NOK, konzentriert sich per Beginn des nächsten Geschäftsjahres (1. Oktober) auf seine Funktionen an der Holding-Spitze. Künftig will er sich noch stärker als bisher der strategischen Ausrichtung der Gruppe widmen. An seine Stelle an der Spitze der NOK tritt Manfred Thumann, der bisherige Leiter der NOK-Division Kernenergie. Der Maschinenbauingenieur war zuvor in leitenden Funktionen bei Alstom und ABB tätig. Neben der Führungsspitze der NOK wird auch jene der EGL, einer weiteren operativen Gesellschaft der Axpo Holding, neu besetzt. An die Stelle von Emanuel Höhener tritt Hans Schulz, der Leiter der NOK-Divisionen Netze sowie Handel und Vertrieb. Auch Schulz, ebenfalls ein Ingenieur, kann auf eine lange industrielle Erfahrung zurückgreifen. Ab 1. Oktober wird sich die neue Axpo-Gruppenleitung aus den fünf Mitgliedern Heinz Karrer, Manfred Thumann, Hans Schulz, Andrew Walo und Rolf Bösch zusammensetzen.

## Syngenta kündigt Wechsel auf dem Posten des CEO an

Mike Mack folgt Michael Pragnell

ai. Beim Agrobusiness-Konzern Syngenta kommt es auf Ende Jahr zu einem Wechsel in der obersten Führungsetage. Nach Angaben des Unternehmens wird der 60-jährige Brite Michael Pragnell, der die operativen Geschicke der Firma seit deren Gründung im Jahr 2000 gelenkt hatte, Ende Dezember in den Ruhestand treten. Als Nachfolger hat der Verwaltungsrat den 47-jährigen Amerikaner Mike Mack bestimmt. Der designierte CEO, der 2002 zu Syngenta gestossen war, übt seit 2005 die Funktion des Chief Operating Officer des Saatgutgeschäfts aus und ist seither auch Mitglied der Geschäftsleitung. Vor seiner Tätigkeit bei Syngenta hatte Mack die Papier-Division des französischen Mineralien-Konzerns Imerys SA (Nachfolgefirma der English China Clay) geleitet. Zwischen 1987 und 1996 war er in verschiedenen Führungspositionen beim amerikanischen Holz- und Papierkonzern Mead Corporation tätig gewesen. Mack ist gelernter Ökonom und besitzt einen MBA der Harvard Business School.

## Höhere Kosten für Stahl bedrücken Japans Autobauer

tf. Tokio, 13. Juni

Bei den Preisverhandlungen zwischen Japans Stahlherstellern und der japanischen Autoindustrie sitzen die Stahlkoher am längeren Hebel. Die weltweite Knappheit des begehrten Werkstoffs und die grosse Nachfrage aus China treiben die Stahlpreise in die Höhe. Von dieser Entwicklung werden auch die treuen Kunden aus der Autobranche nicht länger verschont. Wie das Wirtschaftsblatt «Nikkei» berichtete, konnte Japans führender Stahlhersteller, Nippon Steel, in Verhandlungen mit Toyota Motor einen Preisanstieg des für die Autoproduktion benötigten Stahls um über 10% durchsetzen. Es käme dies der ersten Preiserhöhung seit zwei Jahren gleich. Die vereinbarte Preissteigerung, die von den beiden Unternehmen ussngemäss nicht kommentiert wurde, fällt rund doppelt so stark aus, wie dies von Marktbeobachtern erwartet worden war. Die Stahlpreise liegen damit auf einem Niveau, das letztmals in den frühen neunziger Jahren unmittelbar nach dem Platzen von Japans «Seifenblasen-Ökonomie» beobachtet worden war.

Die Verhandlungen zwischen Nippon Steel und Toyota setzen den Masstab für die Industrie. Somit dürften sich auch die übrigen Autohersteller Japans mit ähnlichen Kostensteigerungen konfrontiert sehen. Nippon Steel möchte mit der Preisanpassung nicht zuletzt die Differenz zwischen den Stahlpreisen im Ausland und in Japan verkleinern. Der Preisunterschied war in den vergangenen paar Jahren vor dem Hintergrund höherer Einkaufskosten auch für die Stahlhersteller, etwa beim Kauf von Kohle und Eisenerz, grösser geworden. Japans Autohersteller versuchten vergeblich, den sich abzeichnenden Preissprung mit dem Verweis auf die sich anhaltend träge entwickelnde Produktion in Japan abzuwehren. Die vereinbarte Preisanpassung soll rückwirkend bereits ab April 2007 gültig sein.

## KONJUNKTUR

### Deutschland

Stabile Jahresteuerrate. Der Preisauftrieb in Deutschland hat sich im Mai nicht weiter beschleunigt. Die jährliche Teuerung betrug wie schon im März und April nach endgültigen Berechnungen 1,9%, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Sie blieb damit über dem Jahresdurchschnitt 2006 von 1,7%. Von April auf Mai zogen die Konsumentenpreise um 0,2% an. (Reuters)